

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verteidigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30-4 für die dreigespaltene Zeitspalte oder deren Raum berechnet

Wie wird es mit den ausländischen Arbeitern nach dem Kriege?

Das deutsche Unternehmertum in der Industrie und der Landwirtschaft war bis zum Ausbruch des Krieges national gefimmt, wenn es sich um die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse handelte, aber es war international, wenn die Einfuhr ausländischer Arbeiter in Frage kam. Um die inländischen Waren gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen, wurden Schutzzölle errichtet, und am liebsten hätte man die Grenzen gänzlich gesperrt. „Das deutsche Schwein“, so sagten die Agrarier, „muß gegen das amerikanische Schwein geschützt werden“, und auch die industriellen Kapitalisten erklärten es für eine nationale Pflicht, daß man ihren Produkten Schutz gewähre gegen den ausländischen Wettbewerb. Sobald aber das Bedürfnis nach billigen Arbeitskräften bemerkbar wurde, zog man zahlreiche Arbeiter aus den kulturell niedrigstehenden Ländern in unser Land herein und machte dadurch den einheimischen Arbeitern ganz empfindliche Schmutzkonkurrenz. Man schätzte die Zahl der Ausländer, die vor Ausbruch des Krieges bei uns in Deutschland beschäftigt wurden, auf rund eine Million, von denen ungefähr die Hälfte auf die Landwirtschaft und die andere Hälfte auf Industrie, Baugewerbe und Bergbau entfielen. Es zeigt sich also, daß Nationalismus und Internationalismus für die Kapitalisten relative Begriffe sind, die durch das jeweilige Geldbeutellinteresse bestimmt werden.

Die deutschen Arbeiter haben unter der Einfuhr ausländischer Kollegen manchmal schwer zu leiden gehabt, weil letztere infolge ihrer Bedürfnislosigkeit und Gefügigkeit als Lohnbrüder wirkten und den Kampf um bessere Löhne- und Arbeitsbedingungen wesentlich erschweren. Aber sie haben sich mit der Einwanderung abgefunden, weil sie als überzeugte Internationalisten in den Ausländern Arbeitsbrüder erblickten, die gerade wie sie selbst Opfer kapitalistischer Erwerbsgriffe waren. Darum haben sie niemals gegen die Einwanderung Stellung genommen, sondern sich darauf beschränkt, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisationen die Eingewanderten aufzuklären und zu gleichstrebenden Kollegen zu erziehen. Sie haben die Konkurrenz der Ausländer mit in den Kauf genommen, weil ihnen ihre internationale Gesinnung dies zur Pflicht machte, aber sie haben sich bemüht, die drohende Schmutzkonkurrenz in einen friedlichen Wettbewerb umzuwandeln. Und wenn ihnen dies bisher noch nicht in genügender Maße gelungen war, so lag die Ursache hiervon nicht nur in der Rückständigkeit der Ausländer, sondern vor allen Dingen in den Hindernissen, die die Behörden diesem Bestreben in den Weg legten. Es ist ja bekannt, mit welcher ungeheuren Schwierigkeiten die deutschen Gewerkschaften zu kämpfen hatten bei ihren Bestrebungen, die ausländischen Kollegen zu organisieren und dadurch zu Mitkämpfern für eine bessere proletarische Lebenshaltung heranzuführen.

Alles dies ist nun durch den gegenwärtigen Weltkrieg wesentlich anders geworden. Die meisten ausländischen Arbeiter sind gezwungenermaßen in ihre Heimat zurückgekehrt, und es scheint, als wenn die vielgeheißene Forderung: „Die deutsche Arbeit den deutschen Arbeitern!“ ihre Erfüllung finden sollte. Man kann häufig bei den Standpunkt vertreten hören, daß sich Deutschland nach dem Kriege wirtschaftlich auf eigene Füße stellen müsse, indem es sich darauf einrichten habe, den Volksbedarf im Inlande zu decken. Zur Begründung wird angeführt, daß das feindliche Ausland noch auf Jahre hinaus eine abnehmende Stellung gegen die deutsche Ein- und Ausfuhr von Waren einnehmen werde und daß auch die geschäftliche Verbindung mit den neutralen Staaten einen argen Stoß bekommen habe. Es gibt sogar Leute, die noch darauf bestehen, daß Deutschland infolge seiner Einkreisung endlich einmal in die Lage versetzt werde, der Welt zu zeigen, was es könne.

Diese Ueberspannung des Nationalitätsgebankens wird sicherlich an der rauhen Wirklichkeit zerbrechen; einstweilen aber spielt der Gedanke einer glänzenden Isolierung noch in zahlreichen Köpfen eine bedeutende Rolle.

Auf dem Arbeitsmarkte beginnt man bereits damit, in diesen Gedanken eine Presse zu legen und der Wiederanknüpfung ausländischer Verbindungen das Wort zu reden. Der Oberpräsident von Ostpreußen, v. Batocki-Alebau, hat in einem Zeitungsartikel diese Frage aufgeworfen und kommt zu dem Ergebnis, daß unser deutsches Wirtschaftsleben ohne die Einfuhr ausländischer Arbeiter nicht bestehen könnte. Für die Landwirtschaft erscheine eine ausschließliche Verwendungs einheimischer Arbeitskräfte als ein Ding der Unmöglichkeit, da nach dem Kriege die Zahl der inländischen Arbeiter viel zu gering sein werde, als daß man mit ihnen die erforderlichen Arbeiten erledigen könne. Und wenn nun gar noch, wie es beabsichtigt

bischen Arbeiter, die natürlich auch auf die Löhne der einheimischen Arbeiter eine niederdrückende Wirkung ausüben, sollen die Möglichkeit bieten für die wirtschaftliche Eroberung des Auslandes. Daß ein solcher Standpunkt, wie ihn der Oberpräsident von Ostpreußen einnimmt, jeder vernünftigen Volkswirtschaft ins Gesicht schlägt und jeder nationalen Gesinnung Hohn spricht, brauchen wir unsern Kollegen wohl nicht erst auseinander zu legen. Will man den Unternehmergewinn durch Eroberung neuer Märkte auf Kosten der Arbeiterlöhne steigern, so heißt das nichts anderes, als daß das Kapital aus dem Fell der Arbeiter Riemen schneiden will. Sich dies gefallen zu lassen, dazu haben die deutschen Arbeiter nicht die geringste Veranlassung. Und wenn wir deshalb auch gegen die Heranziehung ausländischer Arbeiter nach Beendigung des Krieges nichts einzuwenden haben, — vorausgesetzt, daß wirklich Mangel an Arbeitskräften eintreten sollte, woran ja in der ersten Zeit gar nicht zu denken ist —, so müssen wir uns doch ganz entschieden dagegen vermahnen, daß man sie als Lohnbrüder verwendet, um an Produktionskosten zu sparen. Gegen eine solche Absicht wird sich die deutsche Arbeiterklasse mit Händen und Füßen wehren.

Feststellung der Kriegswirkungen.

Auf Veranlassung der Generalkommission findet Ende September wieder eine Feststellung der zum Here einberufenen, im Kriege gefallenen und der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder statt. Die Bezirkskarten werden den Zweigvereinen von den Bezirksleitern zugehen; sie sind vollständig ausgefüllt bis spätestens 4. Oktober an die Bezirksleiter zurückzusenden. Die Wichtigkeit dieser Erhebung liegt auf der Hand. Jeder Zweigverein hat seine Pflicht zu tun, damit ein vollständiges Ergebnis zustande kommt.

werde, eine innere Kolonisation betrieben werden und an Stelle der Großbetriebe der Mittel- und Kleinbetrieb treten soll, so werde der Bedarf an Händen noch größer werden als vor dem Kriege. Auch für Industrie und Gewerbe werde sich ein großer Arbeitermangel bemerkbar machen, weil auf der einen Seite durch den Krieg eine ungeheure Zahl von leistungsfähigen Menschen ausgespart worden sei und weil andererseits eine verpöbelte Anstrengung nötig sein werde, um das auf wirtschaftlichen Gebiete verlorene Terrain wiederzugewinnen. Das deutsche Wirtschaftsleben müsse ganz außergewöhnliche Anstrengungen machen, wenn es seine Aufgaben für die Volksgemeinschaft erfüllen wolle. Der Verfasser schließt mit dem Satze: „Wer die Beschaffung zahlreicher Auslandsarbeiter künftig unter allen Umständen ausschließen will, muß sich darüber klar sein, daß er damit gleichzeitig ein baldiges Wiederanflutigen der deutschen Gesamtbevölkerung und damit des deutschen Volkswirtschafts ausschließt, und damit des deutschen Lebensarten können über diese harte volkswirtschaftliche Last nicht hinwegsehen.“

An und für sich klingen diese Ausführungen ganz vernünftig, wenn man sich auch wundern muß, daß der Verfasser auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes die ungehinderte Einfuhr aus dem Auslande fordert in einer Zeit, in der weite Kreise der Agrarier und Industriellen für noch weit stärkere Zollschranken eintreten, als wir sie bereits früher gehabt haben. Besonders aber gibt ein Satz in dem Artikel zu schwerem Bedenken Anlaß. Es wird nämlich gesagt, daß die Notwendigkeit an uns heranträte, neue Absatzgebiete zu erobern und verlorene Märkte wiederzugewinnen. Wenn wir das vorleben, sei es aber unbedingt nötig, schnell zuzugreifen und die Produktionskosten nicht über ein gewisses Maß steigen zu lassen, damit wir mit billigen Preisen auf dem Weltmarkt erscheinen könnten. Dazu sei aber das Heranziehen billiger ausländischer Arbeitskräfte eine unumgängliche Voraussetzung. Das heißt also mit umgänglichen Worten, die niedrigen Löhne der auslän-

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913.

In Nummer 36 des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“ ist die Statistik über die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913 veröffentlicht und besprochen, und zwar die Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Nach der Statistik waren im Jahre 1913 insgesamt etwa 14 1/2 Millionen Personen gegen Krankheit, 16 bis 18 Millionen gegen Invalidität und etwa 26 Millionen gegen Unfall versichert.

Von der Krankenversicherung ist zu berichten, daß die Zahl der Krankentassen seit 1912 um 317 zurückgegangen ist, nämlich von 21 659 auf 21 342. Dagegen ist die Zahl der Kassennmitglieder um 348 768 gestiegen. Seit 1912 sind die Hilfsklassen als Träger der Versicherung fortgefallen und mit Beginn des Jahres 1914 sind die Gemeindefrankentassen und Baufrankentassen aufgehoben und die Landfrankentassen neu eingeführt worden. Von den 14 1/2 Millionen versicherten Personen — in welche Zahl übrigens die wohl in der Regel doppelt versicherten Mitglieder der Ersatzkassen nicht eingeschlossen sind — sind 4 127 401 weibliche Kassennmitglieder. Etwa 982 000 Personen gehören nach der Statistik von 1912 — für 1913 liegen die Zahlen noch nicht vor — den Knappschaftskassen an. Von der Gesamtzahl der Krankentassen entfallen 31,6 pZt. auf die Betriebsfrankentassen. Trotzdem bilden die Ortskassen den überwiegenden Bestandteil der Krankenversicherung, denn sie vereinigen mit 57 pZt. reichlich die Hälfte aller Mitglieder. Auf jede Ortsfrankentasse kommen im Durchschnitt 1654, auf jede Betriebsfrankentasse 482 Mitglieder, während die Durchschnittsrate aller Kassen 685 Mitglieder beträgt.

Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle steigerte sich von 5 633 956 im Vorjahre auf 6 710 251 im Jahre 1913. Das ist ein Mehr von 76 295 Fällen, das ungefähr der gestiegenen Mitgliederzahl entspricht. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912 42,6 und 1913 42,1 Krankheitsfälle. Der Stand der Erkrankungsfälle ist demnach gegen das Vorjahr um ein geringes günstiger geworden. Dagegen ist in der Krankheitsdauer eine Verschlechterung eingetreten. 1912 kamen auf je 100 Mitglieder 849 und 1913 865 Krankheitsstage (Unterstützungstage). Die Dauer eines Erkrankungsfallens betrug im Durchschnitt 1912 19,9 und 1913 20,6 Krankheitsstage. Die Sterblichkeitsziffer ist etwas günstiger als im Vorjahre. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912 0,72, dagegen 1913 0,69 Sterbefälle. Die Gesamtheit der Sterbefälle belief sich im Berichtsjahr auf 81 581. Hierbei sind indes die Sterbefälle bei der Gemeindef-

Die Ent-... diese... fichte... trachtung... stung... mmen... die Be... fenders... durch... wendig... erkmnt... ger die... wäß... abrens... stufen... egen.



versicherung nicht einbezogen, da diese keine Sterbunterstützung gewährte.

Die Leistungen der Krankenkassen sind im Berichtsjahr erheblich gestiegen; die Krankentosten waren um M. 20948839 höher als 1914; sie beliefen sich auf M. 390686552.

Der auf jedes Kassenmitglied entfallende Durchschnittsteil an Krankentosten stieg von M. 27,22 im Jahre 1912 auf M. 28,80 im Berichtsjahre.

Die Gesamtausgaben der Krankenversicherung beliefen sich auf rund 515 1/2 Millionen Mark, die Gesamteinnahmen auf über 539 1/4 Millionen.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung hat sich die Zahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften seit 1912 um zwei vermehrt; ihre Zahl beträgt nunmehr 68. Es wurden neugebildet eine Detailhandels-Berufsgenossenschaft und eine Versicherungsgenossenschaft für Privatfahrzeuge und Reittierbesitzer.

Die zusammenfassende Darstellung der Rechnungsergebnisse aller Träger der Unfallversicherung läßt erst mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, welche große Opfer an Leben und Gesundheit alljährlich das werktätige Volk im Dienst der Arbeit zu bringen hat.

Kriegsbriefe von Verbandskollegen.

Der Weltkrieg vom Standpunkte des deutschen Arbeiters.

Schlingensoden vor Reims, 2. August 1915.

Der Verbandsvorstand hat belanndlich neuerdings den Krieg vom Standpunkte des deutschen Arbeiters unsern Mitgliedern kurz zusammenfassend in Sonderdruck vor Augen geführt.

für die sie zu sorgen hatten, und zwar 6508 Witwen (Witwer), 13699 Kinder oder Enkel und 406 Eltern oder sonstige Verwandte aufleidendes Eink.

Die an erwerbsunfähig Verletzte gezahlten Entschädigungen betragen M. 137 066 613, davon kommen M. 11 816 132 auf Heilbehandlung. Als Entschädigungen für tödlich Verletzte wurden M. 38 284 153 verausgabt.

Als Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fungieren 31 für das Deutsche Reich gebildete Landesversicherungsanstalten und 10 für diesen Versicherungszweig zugelassene Sonderanstalten.

Der Bereich der Versicherungsanstalten fällt in der Regel zusammen mit der politischen Abgrenzung der Bundesstaaten und Landesteile. Auf Preußen kommen 13, auf Bayern 8 und auf Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Elsaß-Lothringen je eine Versicherungsanstalt.

Im Renten wurden im Jahre 1913 von den Versicherungsträgern festgestellt: 11 806 Kranken-, 134 159 Invaliden- und 11 906 Altersrenten; ferner 84 696 Hinterbliebenenrenten, und zwar 8474 Witwen- und Witwern-, 303 Witwenrenten- und 25 919 Waisenrenten, das sind zusammen 192 567 Rentenleistungen.

Als einmalige Leistungen wurden gewährt in 8082 Fällen Witwenpenger und in 460 Fällen eine Waisenausssteuer. Als Zahl der Waisenrenten gelten die Waisenausssteuer (Waisen einer Familie). Die wirkliche Zahl der Waisen für die Rentenleistungen erfolgte, beträgt 64 770.

Zu den Kosten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gewährt das Reich einen Zuschuß von jährlich M. 50 für jede Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente und einen solchen von M. 25 für jede Waisenrente sowie

einen einmaligen Zuschuß von M. 50 für jedes Witwenpenger und M. 16,57 für jede Waisenausssteuer. Die Zahl der Wochenbeiträge stieg gegen das Vorjahr um 26 181 892. Der Gesamtüberschuss aus verkauften Marken besitzt sich einschließlich der Beiträge für Zufuhrmarken auf M. 289 952 641 (1912: M. 273 418 701).

Die Gesamtmarken der Invalidenversicherung im Jahre 1913 betragen M. 800 819 315, die Gesamtmarken M. 184 423 083. Gegen das Vorjahr stieg die Einnahme um M. 15 950 476 und die Ausgabe um M. 9 832 956.

Die Ausgaben für alle Posten mit Ausnahme der für Heilbehandlungen und Beschwerdeverfahren sind gegen das Vorjahr gestiegen. Die erfreulichste Seite an der ganzen Invalidenversicherung ist die Pflege des Heilwesens und die dafür aufgewendeten Summen.

Es muß danach gestrebt werden, gerade diese Aufgabe mit allen Kräften zu fördern und zur höchsten Entwicklung zu bringen. Wiewohl auf diesem Gebiete noch getan werden kann, zeigt die riesige Vermögensaufhäufung durch die Invalidenversicherung.

Der Vermögensüberschuss betrug 1913 M. 176 396 232 und das bis zum Schluß des Berichtsjahres angemessene Vermögen hat nunmehr bereits die zweite Milliarde erheblich überschritten.

Die Aufgabe des staatlichen Versicherungswesens kann es nicht sein, aus den Beiträgen riesige Vermögen anzusammeln, sondern diese soziale Einrichtung zu auszugestalten, das einer selbsttätig eintretenden Invalidität der werktätigen Bevölkerung mit allen Kräften vorgebeugt wird und diese im Falle des Verfallens ihrer Arbeitstätigkeit in Dienste des wirtschaftlichen Lebens ausreichend vor Not und Sorgen geschützt bleibt.

Die Arbeiterversicherung insgesamt sind folgende Zahlen bemerkenswert: Bei Krankheitsfällen mit Erwerbsunfähigkeit erzielten 6249 527 Personen insgesamt eine Entschädigung von M. 429 617 806.

In der Unfallversicherung erzielten 139 633 erstmals Entschädigte und 1 010 495 Versicherte mit laufenden Renten insgesamt eine Entschädigung von M. 175 350 766.

Die Zahl der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung erzielten 192 573 Personen erstmalig festgesetzte und 1 102 159 Personen laufende Renten, ferner 8542 Personen einmalige Leistungen; die dafür aufgewendete Summe belief sich mit dem Reichszuschuß auf M. 217 926 303.

Die von der Gesamtmarkenversicherung gezahlten Entschädigungen beliefen sich auf M. 822 894 876. Von den Kosten der Arbeiterversicherung wurden M. 445 251 076 durch Beiträge der Versicherten, M. 498 835 617 durch Beiträge der Arbeitgeber und M. 58 115 997 Reichszuschuß aufgebracht.

In den Jahren 1885 bis 1913 wurden an die Versicherten insgesamt rund 10 1/2 Milliarden Mark, nämlich M. 10 789 890 097, gezahlt. Davon entfielen auf die Krankenversicherung M. 5 567 333 049, auf die Unfallversicherung M. 2 478 778 635 und auf die Invalidenversicherung mit Reichszuschuß M. 2 693 778 413.

Aufgebracht wurden in derselben Zeit insgesamt M. 13 372 810 869, und zwar durch Beiträge der Versicherten M. 5 895 223 670, durch Beiträge der Arbeitgeber M. 6 661 551 737 und durch Reichszuschüsse M. 816 035 462.

Das sind recht gewaltige Summen, die uns hier vor Augen treten, und unbefristet steht denn auch das Deutsche Reich in Bezug auf den Umfang und den systematischen Ausbau der sozialen Fürsorge für die Arbeiterkraft von allen Staaten an erster Stelle.

Wir wollen durchaus nicht verkennen, daß durch die deutsche Arbeiterversicherung schon Hervorragendes geleistet worden ist, aber auch nicht verhehlen, wo fortgesetzt anzukämpfen war gegen einflußreiche Kreise,

auch nach dem Kriege in ihrem alten politischen Gewand, das augenblicklich nur aus Zwang den Anstrich „Friedensbringer“ zeigt. Mancher Unternehmer hat nicht einmal während des Krieges sein Verwahrn einer Minderung unterzogen.

Das zeigen die vielen Fälle, die der „Grundstein“ und die Tageszeitungen bringen. Ich erinnere nur an Bahnführungen, Lebensmittelmischer, Koalitionserbrot der bayerischen Eisenbahner, an das „patriotische“ Verhalten eines Teiles der Hausbesitzer und an die laßlichen Ideen unserer Konservativen bezüglich des preussischen Wahlrechts, und die nächsten Verhandlungen über die neuen Wahlen, die der „Grundstein“ und die Tageszeitungen im Zusammenhang werden zeigen, in wie hohem Maße der Burgfrieden auf das Unternehmertum „erzieherisch“ gewirkt hat.

Es liegt einmal in der Natur des Kapitalismus, die Arbeiterklasse über einen gewissen Grad Bewegungsfreiheit nicht hinauskommen zu lassen. Auch nach dem Kriege wird die deutsche Arbeiterklasse bei der Weltentmachtung ihre besonnenen und berechtigten Forderungen dem Kapitalismus als „demagogische Wucht“ begegnen. Darum und aus den Erfahrungen, die wir während des Krieges gemacht haben, ergibt sich für uns die Notwendigkeit der Stärkung unserer Organisationen und unserer politischen Vertretung.

Die reinste Hilfe. U. König, einh. Rolandstr. 10, zurzeit im Felde.

des Heils der Völker liegen soll. Da aber Frankreich vor kurzer Zeit die dreijährige Dienstzeit eingeführt hat und England der allgemeinen Dienstpflicht zuweilen, bricht dieses Argument in sich zusammen.

Die Gründe, die unsere Gegner für ihren Krieg mit Deutschland anführen, sind nicht inhaltlich. In Wirklichkeit ist die Vernichtung Deutschlands, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch, ihr Ziel.

Die Gründe, die unsere Gegner für ihren Krieg mit Deutschland anführen, sind nicht inhaltlich. In Wirklichkeit ist die Vernichtung Deutschlands, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch, ihr Ziel.

Die Gründe, die unsere Gegner für ihren Krieg mit Deutschland anführen, sind nicht inhaltlich. In Wirklichkeit ist die Vernichtung Deutschlands, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch, ihr Ziel.

Die Gründe, die unsere Gegner für ihren Krieg mit Deutschland anführen, sind nicht inhaltlich. In Wirklichkeit ist die Vernichtung Deutschlands, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch, ihr Ziel.

Die Gründe, die unsere Gegner für ihren Krieg mit Deutschland anführen, sind nicht inhaltlich. In Wirklichkeit ist die Vernichtung Deutschlands, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch, ihr Ziel.

Die Gründe, die unsere Gegner für ihren Krieg mit Deutschland anführen, sind nicht inhaltlich. In Wirklichkeit ist die Vernichtung Deutschlands, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch, ihr Ziel.

Die Gründe, die unsere Gegner für ihren Krieg mit Deutschland anführen, sind nicht inhaltlich. In Wirklichkeit ist die Vernichtung Deutschlands, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch, ihr Ziel.

auch nach dem Kriege in ihrem alten politischen Gewand, das augenblicklich nur aus Zwang den Anstrich „Friedensbringer“ zeigt. Mancher Unternehmer hat nicht einmal während des Krieges sein Verwahrn einer Minderung unterzogen.

Das zeigen die vielen Fälle, die der „Grundstein“ und die Tageszeitungen bringen. Ich erinnere nur an Bahnführungen, Lebensmittelmischer, Koalitionserbrot der bayerischen Eisenbahner, an das „patriotische“ Verhalten eines Teiles der Hausbesitzer und an die laßlichen Ideen unserer Konservativen bezüglich des preussischen Wahlrechts, und die nächsten Verhandlungen über die neuen Wahlen, die der „Grundstein“ und die Tageszeitungen im Zusammenhang werden zeigen, in wie hohem Maße der Burgfrieden auf das Unternehmertum „erzieherisch“ gewirkt hat.

Es liegt einmal in der Natur des Kapitalismus, die Arbeiterklasse über einen gewissen Grad Bewegungsfreiheit nicht hinauskommen zu lassen. Auch nach dem Kriege wird die deutsche Arbeiterklasse bei der Weltentmachtung ihre besonnenen und berechtigten Forderungen dem Kapitalismus als „demagogische Wucht“ begegnen. Darum und aus den Erfahrungen, die wir während des Krieges gemacht haben, ergibt sich für uns die Notwendigkeit der Stärkung unserer Organisationen und unserer politischen Vertretung.

Die reinste Hilfe. U. König, einh. Rolandstr. 10, zurzeit im Felde.

Der Kollege Williply in Karlsruhe erhielt nachstehenden Brief aus dem Felde: „Werte Kollegen! Endlich konnte ich mal dazu, Euch einiges über meine jetzige Lage mitzuteilen. Ich weiß nicht mehr, ob ich Euch im letzten Briefe etwas über die Vorkettprobe (Schrie), ich will es deshalb jetzt ein bisschen nachholen. Der ganze Vorkettprobe ist ein großer abgeklärter Hinkel, von dem aus man den Eisenbahnpunkt S...S... und das große Zeichen- und Industriegebiet

Arbeitslosigkeit, zur Regelung der Arbeitszeit, zum Schutz der Tarifverträge. Wenn wir später erst Näheres darüber berichten können, dann wird man insbesondere das weitgehende soziale Entgegenkommen des Kriegsministeriums erkennen. Wenn hier und da, zum Beispiel in der Heimindustrie (Konfektion), wo der Arbeiter 75 pSt. des bezahlten Preises erhalten soll, diese Anordnungen noch nicht voll durchgeführt sind, so liegt das zum Teil an den Arbeitern, die noch der Organisation entbehren. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass Kriegsgelangen in der Industrie nur beschäftigt werden, wenn die Zentrale der Arbeitsnachweise mit den Gewerkschaften festgelegt hat, dass die Arbeitslosen nicht verfügbar sind. Kriegsgelangene Professionsisten müssen den gleichen Lohn wie freie Arbeiter erhalten (wovon allerdings der größte Teil an die Militärverwaltung geht), damit nicht etwa die Kriegsgelangenen als billiger Ersatz für den Bedarf kommen.

Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften, die Anfang September vorigen Jahres noch 870 000 Mitglieder = 21,2 pSt. betrug, ist bis Ende August dieses Jahres auf 80 000 = 2,6 pSt. zurückgegangen. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte im Kriegsjahre 21 1/2 Millionen Mark, während die höchste Unterstützungssumme in den Kriegsjahren 1908/10 9 Millionen betragen hatte. Weitere 10 1/2 Millionen wurden an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt, was gemäß der Treue und Liebe für die Gewerkschaftsorganisation bestehen und dazu beitragen wird, daß diejenigen, die brauchen für uns kämpfen, später bei ihrer Rückkehr treue Anhänger der Organisation bleiben werden. Die ganze Hilfe Arbeit der Gewerkschaften wird erst nach dem Kriege besprochen werden können. Auf unser Betreiben hat die Regierung 400 Millionen zur Unterstützung der Kriegsfamilien, der Arbeitslosen und der Wöchnerinnen bereitgestellt. Die segensreiche Wöchnerinnenfürsorge ist auf unser Verlangen eingeführt worden. Leider hat man unsere rechtzeitig erstellten Vorschläge zur Bekämpfung des Lebensmittelmangels nicht genügend befolgt.

Selbst im Kriege konnten die deutschen Gewerkschaften noch eine Viertel Million Neuauflagen vorzeichnen, was uns bestimmt hoffen läßt, entgegen unsern anfänglichen Befürchtungen, die Gewerkschaften in ungeschwächter Kraft zu erhalten. So sehr wir wünschen, daß dem Kriege möglichst bald ein Ende gemacht werde, müssen wir leider doch sehen, daß in allen Feindländern immer noch die Aufschwung herrscht, die Zeit werde Deutschland erschöpfen. Infolgedessen müssen wir leider noch mit einer erheblichen Verlängerung des Krieges rechnen. Die Ubergangsperiode nach seiner Beendigung wird an uns sehr schwere Anforderungen stellen. Es muß dem vorgeeignet werden, daß die so zahlreichen Kriegsbefähigten zu Lohnbrütern werden, aus gewerkschaftlichen und allgemein menschlichen Interessen müssen wir für diese Arbeitsbrüder eintreten. Die Reichsregierung hat, wenn auch nicht im ganzen Umfang, die hierfür erstellten Organisationsvorschläge der Gewerkschaften vernachlässigt. Bevor die heimkehrenden Krieger wieder Arbeit finden und die Industrie in den Friedensstand zurückkehrt, wird längere Zeit vergehen müssen, während der nicht nur die Familienunterstützung weitergezahlt, sondern auch die entlassenen Soldaten in dieser zwar unheimlichen, aber sehr angenehmen Erholungszeit unterstützt werden müssen.

Wenn Deutschland einen auch nur halbwegs glänzenden Frieden schließt, wenn es unsern Gegnern nicht gelingt, uns entwürdigende Bedingungen aufzuerlegen und uns vom Weltmarke abzusperren, dann brauchen wir über unsere zukünftige wirtschaftliche Entwicklung nicht pessimistisch zu denken. Zunächst wird die Industrie reichlich für den Inlandsbedarf zu arbeiten haben, sobald die nötigen Stoffe da sind. Bei einem günstigen Friedensschluß wird es der deutschen Industrie auch nicht schwer werden, sich die alten Absatzgebiete wieder zu erobern. Dafür bürgt ihre und der deutschen Arbeiter Tüchtigkeit. Voraussetzung ist natürlich, daß auch Deutschland nicht, wie es unüberhörbarerweise selbst von großen Unternehmerverbänden verlangt wird, etwa dazu übergeht, den Wirtschaftskrieg gegen die andern fortzuführen. Auf offenem Markte braucht uns um unsere Konkurrenzfähigkeit nicht bange zu sein. Zu der Festlegung unserer wirtschaftlichen Zukunft müssen aber selbstverständlich auch die Gewerkschaften hinzugezogen werden, wenn die jetzt betonte Gleichberechtigung nicht inhaltslos sein soll. Die alte Art der Bekämpfung der Gewerkschaften würde von der öffentlichen Meinung nach dem Kriege nicht zugegeben werden. Der Bischofberger Delirium hat in unmissbarer Weise die Richtigkeit, ja Unentscheidbarkeit der Gewerkschaften anerkannt. Wäre Deutschland von seinen Feinden niedergeworfen worden, so hätte das die deutsche Arbeiterklasse am schwersten getroffen. Wir können die endliche Befreiung des Volkes von den Zuständen, die nach unserer Ueberzeugung überwinden werden müssen, nur durch den Kampf innerhalb unserer Nation, innerhalb der freien und selbständigen Nation erreichen. Wie sollte etwa ein Aufsteigen der Arbeiterklasse unter russischem Joch möglich sein! Wir sind auch im Kriege die alten geblieben — geändert hat sich die Meinung der Regierung. Man hat sich allgemein der demokratischen Auffassung genähert, daß das Einzelinteresse zurücktreten muß gegenüber dem allgemeinen.

Unverantwortliche Personen betreiben systematisch die Feindschaft gegen die Führer, ohne Rücksicht darauf, was daraus entsteht. Mit dem atemberaubenden Wagnis ist auf die Dauer nicht zu arbeiten. Es ist die Zeit gekommen, daß die Arbeiterklasse diesen Verleumdern eine Abgabe erteilt. Die Leute haben zum Teil kein Verständnis für den Schaden, den sie anrichten. Die methodische Gewerkschaftsarbeit verachten sie. Sie erwarten den Zusammenbruch des Kapitalismus, und das Profetariat steigt wie ein Phönix aus der Asche empor. Das

ist eine so utopistische Auffassung, wie sie kaum zu verstehen ist. Die kapitalistische Gesellschaft ist viel gesunder und kräftiger, als wir alle vor 20 und 30 Jahren glaubten. Nur durch stete Opferwilligkeit der Arbeiter und intensive Kleinarbeit und nicht durch revolutionäre Phrasen können wir vorwärtskommen und uns das erringen, was wir als Menschen zu fordern berechtigt sind. Nur durch unaußgesetzlichen Kampf können wir unsern wirtschaftlichen Aufstieg durchsetzen und auf staatsbürgerliche Gleichberechtigung dringen. Die Umgestaltung der sozialistischen in eine sozialistische Wirtschaft kann sich nur schrittweise gestalten. Wir sind mitten in dieser Umgestaltung. Unsere Gemeinden, der Staat müssen mehr und mehr Sozialisten machen. Für die gemäßigten Aufgaben der Zukunft bedürfen wir Einigkeit und Geschlossenheit, aber auch starker Gewerkschaften. Auch der Geist muß ein guter sein. Hoffnungslosigkeit und Kampflust können nur vorhanden sein, wenn Vertrauen zu den Führern besteht. Ist Mißtrauen vorhanden, so entsteht Unlust, es fehlt der Schwung, die Kampflust, die notwendig sind, wenn ein energischer Vorstoß zur Erringung besserer Verhältnisse gemacht werden soll. Wir brauchen die Gewerkschaften nach dem Krieg notwendiger denn je. Infolge der Kriegsausgaben von 80 Milliarden müssen neue schwere Steuerlasten über das Volk verhängt werden. Alle diese Dinge zwingen die Arbeiter, höhere Ziele zu verlangen, was wiederum starke Gewerkschaften erfordert. Nach dem Krieg und zum Teil während des Krieges laufen viele Tarifverträge ab. Es kommen Hunderttausende von Arbeitern in Frage. Hier entsteht also eine schwierige Situation. Darum muß alles vermieden werden, was die Organisationen schädigen könnte.

Die Klassen gegenläufe bleiben bestehen, auch wenn wir demokratische Einrichtungen im Staate bekommen. In England und Frankreich haben die Arbeiter staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Aber ist deswegen der Klassen Gegensatz etwa geschwunden? Führen diese Arbeiter nicht genau so viele Kämpfe wie die deutschen? Es sieht beinahe so aus, als wenn eine Reihe von Parteigenossen den Gedanten gar nicht ertragen kann, daß der Arbeiterklasse staatsbürgerliche Rechte zugesprochen werden. Für staatsbürgerliche Rechte bedarf es nicht der Zustimmung der Arbeiter, desto eher kommt die Staatsmacht. Es müssen nach dem Kriege Reformen gewährt werden. Das Verhalten der Verwaltungen, Behörden kann nicht darauf bestehen wie vor dem Kriege. Unsere Aufgabe ist es, darauf zu achten, daß eine verlässliche Auslegung der Gesetze gegen Arbeiter oder Unternehmer nicht mehr Platz greift. Die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifverträge durch Reichs- und Staatsbehörden ist erforderlich. Unser Einfluß und unsere Macht werden und müssen wachsen, weil viele Kreise von ihrer Vereinigungsmöglichkeit abgetrennt sind und die hohe Bedeutung der Gewerkschaften erkannt haben. Es liegt nur an uns, daß wir selbst unsern Blick schärfen. Gegenwärtige Treue und Achtung, Opferbereitschaft und unbeeinträchtigte Willen zum faktuellen Aufstieg der Arbeiterklasse bringen uns den Erfolg. Es wird vorwärts und aufwärts gehen!

(Genosse Bauer fand mit seinen Ausführungen wiederholt lebhaften Beifall.)

Die Untauglichen.

Auch die Untauglichen werden jetzt noch einmal gemustert. Man nimmt an, daß sich das Leben, das sie damals untauglich machte, bei vielen inzwischen gebogen hat und daß sie nun den verschiedenen Zweigen der Garnisonen dienstfähig gemacht werden können. Andererseits werden täglich viele, die draußen im Felde gestanden haben, als untauglich erklärt, oder sie werden nunmehr für den Garnisondienst bestimmt oder als Soldaten in ihrem Berufe. So nimmt der Staat eine systematische Einteilung des Menschensmaterials nach der Gesundheit und den körperlichen und Fähigkeiten vor. Immer mehr wird gefordert und organisiert. Draußen die Gesunden und Starke, in den Garnisonen die Schwächeren und im Arbeitsleben, natürlich mit Ausnahmen, diejenigen, die für jene militärischen Dienste nicht zu gebrauchen oder überflüssig sind. Das solche Einteilung nach körperlicher Kraft und Fähigkeit einem gesunden Grundgedanken entspricht, läßt sich nicht leugnen. Jeder auf dem Felde, für den die Natur geschaffen, und da im Kriege die körperliche Kraft und Gesundheit der richtige leitende Maßstab sind, so soll mit Recht jeder auf dem Posten stehen, den seine körperliche Veranlagung erfordert. Aber warum kommt man nur im Kriege solche planmäßige Organisation von sich, setzen Grundgedanken aus? Mühselig nicht auch dem Leben des Friedens solche systematische Einteilung zugute kommen? Mühselig nicht auch da jeder zu finden sein, wozin ihn die Natur zwingt, die körperliche und geistige Veranlagung? Warum aber sieht da so oft der Schüler am Rathgeber, wie sich Bebel einmal äußerte, und der Professor auf dem Schulterhügel? Weil die Voraussetzung zur Bildung heute noch eine private pefuniäre Unterlage ist, weil die Entwicklung der natürlichen Fähigkeiten heute noch vom Besitze des Geldes abhängig ist. Und darum sind all die Hunderttausende, die heute nicht mit Glücksgütern gesegnet sind, in unnatürlicher Weise die „Untauglichen“. Würde man auch diese Untauglichen einmalt militärisch oder mancher hervorragende Intelligenz, der Veranlagung nach, gar mancher talentierte Philosoph, gar mancher hochbegabte organisatorische Kopf wäre darunter. Und wenn man andererseits die Menschen in Amt und Würden einmalt mullern würde, dann würden gar viel „Untauglichen“ darunter zu finden sein. Das friedliche Wirtschaftsleben wird darum auch einmalt eine Müllertung zu befehlen haben sich zu Kampforganisationen zusammenschließen, die ihnen allein die Tauglichkeit erringen können. Zwar ruht jetzt der Kampf, aber es ist nur eine Kampfpause. Wenn die Zeit militärischer Tauglichkeit oder Untauglichkeit vorüber ist, dann werden jene Untauglichen wieder auf ihrem Kampfpflege zu finden sein.

Die Arbeitslosigkeit im Juli.

Von 880 am Monatsanfang vorhandenen Zweigezweigen berichteten 797 über die im Juli festgestellte Arbeitslosigkeit. Im Juni berichteten 792 Zweigezweigen, diesmal also 5 mehr. Die berichtenden Zweigezweigen hatten 96 814 Arbeitslose; davon meldeten sich im Laufe des Monats 8368 = 8,6 pSt. arbeitslos, gegenüber 4101 Arbeitslosen = 4,0 pSt. von 101 825 erfassten Mitgliedern im Juni. Am letzten Werktage des Juli blieben 1046 = 1,1 pSt. der erfassten Mitglieder arbeitslos, im Juni 1249 = 1,2 pSt. Somit brachte auch der Juli eine Abnahme der Arbeitslosigkeit. Der Rückgang der insgesamt gemeldeten Arbeitslosigkeit erstreckte sich auf alle Landesteile, ausgenommen Rheinland; hier stieg sie von 2,8 auf 3,1 pSt. Sehr hohe Arbeitslosenzahlen haben immer noch Elsaß-Lothringen mit 12,8 (im Juni 12,8) pSt., Bayern mit 7,9 (9,2) pSt. und Schleswig-Holstein, Hamburg mit 7,9 (8,0) pSt. Auch die am Monatsanfang verbliebenen Arbeitslosigkeit war in diesen drei Landesteilen höher als in den übrigen. Allerdings erhoben sich Bayern mit 2,7 (2,2) pSt. und Hamburg mit 1,6 (2,1) pSt. hier nicht so sehr über den allgemeinen Durchschnitt wie bei der gesamten Arbeitslosigkeit, Elsaß-Lothringen dafür aber mit 5,7 (9,2) pSt. um so mehr; in diesem Landesteile war die am Monatsanfang verbliebene Arbeitslosigkeit sogar um 3,5 pSt. höher als zu Ende des Juni. Eine geringe Zunahme weisen auch Pommern, Rheinland und Westfalen auf. In der letzten Woche des Monats blieben es unter 6968 Mitgliedern 149 = 2,5 pSt. Arbeitslose. Dem Reichsdurchschnitt der am Schlusse des Monats verbliebenen Arbeitslosigkeit hinzugegerechnet, erhöht Berlin diesen auf 11,95 Arbeitslose = 1,2 pSt. von 102 282 erfassten Mitgliedern.

Auf die 3363 arbeitslos gemeldeten Mitglieder entfielen 34 905 Arbeitslosentage, auf ein arbeitsloses Mitglied durchschnittlich 10,2 Tage, im Juni 11,4. Auch hier zeigt der Reichsdurchschnitt eine kleine Abnahme. Dagegen hat die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Pommern, Schlesien, Brandenburg, Rheinland, Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen, Mecklenburg und Elsaß-Lothringen zwischen 2,5 und 0,2 Tage zugenommen. Nach der durchschnittlich auf ein arbeitsloses Mitglied entfallenden Dauer der Arbeitslosigkeit stand Elsaß-Lothringen mit 15,1 (12,6) Tagen an erster Stelle. Es folgen Bayern mit 14,2 (15,6) Tagen, Brandenburg mit 12,8 (12,0) Tagen, Württemberg, Baden, Pfalz mit 12,7 (12,9) Tagen und Mecklenburg mit 12,1 (10,8) Tagen. In den übrigen Landesteilen unterschiedlich die Dauer der Arbeitslosigkeit nicht wesentlich von der des Reichsdurchschnitts. Von den 3363 gemeldeten Arbeitslosen feierten im Berichtsmonat 1658 = 46,4 pSt. bis zu 6 Tagen, 717 = 21,2 pSt. bis zu 12 Tagen, 411 = 12,2 pSt. bis zu 18 Tagen, 261 = 7,8 pSt. bis zu 24 Tagen und 416 = 12,4 pSt. länger als 24 Tage. Bei 1340 Arbeitslosen = 39,9 pSt. hatte die Arbeitslosigkeit schon vor dem 1. Juli begonnen. 1726 = 51,4 pSt. der gemeldeten Arbeitslosen (im Juni 52,5 pSt.) fanden Arbeitslosgenheit. Von diesen kamen 1481 = 44,1 (43,0) pSt. im Baugewerbe, unter 245 = 7,3 (9,5) pSt. in andern Gewerben; 207 Arbeitslose = 6,2 (6,5) pSt. zeigten ab und 384 = 11,8 (10,5) pSt. schieben aus andern Gründen aus der Kontrolle aus. Die am Monatsanfang verbliebenen 1046 Arbeitslosen betragen 31,1 (30,5) pSt. der gemeldeten Arbeitslosen.

Monat	Berichtende Zweigezweigen	Gesamte Mitglieder	Arbeitslos waren		Arbeitslosentage entfielen	
			im Monat	am letzten Werttag	in Tagen	in Prozent
1914						
Juli	565	230145	8619	3,7	2429	1,1
August	663	158518	42718	26,9	26010	16,8
Septbr.	875	162840	37555	24,6	17109	11,2
Oktober	750	157266	28838	18,3	14179	9,0
Novbr.	733	150441	26071	17,3	14269	9,5
Dezbr.	732	138040	22284	16,1	12503	9,8
1915						
Januar	870	137183	28388	20,7	19313	14,1
Februar	770	125106	28273	22,6	14281	11,4
März	793	117726	23665	20,1	8746	7,4
April	803	112827	10344	9,2	2940	2,6
Mai	802	108450	5113	4,7	1897	1,7
Juni	792	101325	4101	4,0	1249	1,2
Juli	797	96814	3363	3,5	1046	1,1

Das Verhältnis zum Hundert der gesamten Arbeitslosen war im Juli dieses Jahres um 0,5 pSt. geringer als vor einem Jahre. Bei den am Monatsanfang arbeitslos gemeldeten sind es mit dem im Juli des Vorjahres gleich. Den einzelnen Arbeitslosen traf durchschnittlich eine etwas längere Arbeitslosigkeit als vor einem Jahre. Auf Hundert kalendermäßige Arbeitstage entfielen 1,8 Arbeitslosentage; von den 27 Arbeitstagen des Monats sind das 0,4 Tage. Um soviel hätte jedes der beteiligten Mitglieder weniger als 27 Tage gearbeitet, wenn alle gleichmäßig an der vorhandenen Arbeitslosgenheit teilgenommen hätten.

Von den einzelnen Berufen hatten die Freileger diesmal die meisten Arbeitslosen, nämlich von 743 Beteiligten 80 = 10,8 (9,3) pSt. Es folgen nach dem Verhältnis ihrer Arbeitslosen die Statutarbeiter mit 259 Arbeitslosen = 10,1 (11,9) pSt. von 2561 Beteiligten. Dann in weiterem Umfange, aber immer noch über dem Reichsdurchschnitt stehend, die Maurer; unter 69 226 Beteiligten hat dieser Beruf 2240 Arbeitslose = 3,7 (4,3) pSt. Bei den übrigen Berufen

Ergebnis der 88. Woche (Montag, 20. September).
 In der Berichtswache waren 873 Zweigevereine vor-
 handen. Davon haben 847 Vereine mit 98 857 Mitglieder
 berichtet. Die Zahl der vorhandenen Vereine hat sich um 1
 vermindert. Die Zahl der berichtenden Vereine hat sich gegen
 die Vorwoche um 3 vermehrt. Mit Ausnahme der Bezirke
 Bremen, Leipzig, München und Straßburg, die einen Zuwachs
 von 262 Mitgliedern hatten, haben alle Bezirke einen Mit-
 gliederverlust. Gegen die Vorwoche hat sich die Gesamt-
 mitgliederzahl um 474 verringert.

Von den 98 857 Mitgliedern waren arbeitslos: 539 Maurer,
 159 Hilfsarbeiter, 6 Betonarbeiter, 142 Stuckateure, 16 Zie-
 leger, 1 Ziegler und 17 Schornstein, insgesamt 850 Mit-
 glieder = 0,89 pSt. Gegen die Vorwoche bedeutet das eine
 Abnahme von 228 Arbeitslosen oder 0,11 pSt. von der Ge-
 samtzahl. In 12 Bezirken beträgt die Arbeitslosigkeit unter
 1 pSt. der Gesamtmitgliederzahl. Die Bezirke Stettin, Holfod
 und Straßburg hatten 1 pSt.; München 1,1 pSt., Pommern,
 Leipzig und Stuttgart 1,3 pSt., Nürnberg 1,6 pSt. und Berlin
 1,9 pSt. Arbeitslose. Die Arbeitslosenunterstützung haben
 480 Mitglieder = 0,48 pSt. der Gesamtmitglieder be-
 zogen. Gegen die Vorwoche ist eine Abnahme von 28 Un-
 terstützungsempfängern = 0,05 pSt. zu verzeichnen.

Bezirk	Zahl der Zweige- vereine	Zahlen haben berichtet	In den berichtenden Zweigevereinen	
			Setzung die Mitgliederzahl am Schluß der Berichtungs- Woche	erhöhten in der abgefaulenen Woche Arbeitslosen- unterstützung
1. Königsberg...	20	20	2271	1
2. Bromberg...	37	37	1746	4
3. Stettin...	60	56	2048	10
4. Breslau...	59	58	4900	15
5. Berlin...	85	84	10265	66
6. Plogdeburg...	93	93	8106	16
7. Erfurt...	44	43	3374	4
8. Frankfurt...	15	15	6204	20
9. Köln...	15	15	4341	41
10. Dortmund...	19	19	2798	—
11. Hannover...	45	45	4175	5
12. Bremen...	35	35	4054	5
13. Hamburg...	82	77	4474	77
14. Holfod...	65	65	2245	—
15. Dresden...	17	15	9482	26
16. Leipzig...	82	81	11982	91
17. Nürnberg...	25	25	3497	20
18. München...	38	33	3871	33
19. Stuttgart...	9	9	1793	16
20. Karlsruhe...	17	17	3347	11
21. Straßburg...	11	5	283	3
Zusammen...	873	847	98857	480

In den berichtenden Zweigevereinen waren am Ber-
 richtungsstage arbeitslos:

Bezirk	Maurer	Hilfs- arbeiter	Beton- arbeiter	Stuck- arbeiter	Zie- ler	Zie- gler	Schorn- stein	Son- stige	Zu- sammen
1. Königsberg	2	—	—	—	—	—	—	—	2
2. Bromberg	6	6	—	—	—	—	—	—	12
3. Stettin	18	3	—	—	—	—	—	—	21
4. Breslau	26	4	—	—	—	—	—	—	30
5. Berlin	71	27	5	87	1	—	—	—	191
6. Plogdeburg	4	—	—	—	—	—	—	—	4
7. Erfurt	9	1	—	—	—	—	—	—	10
8. Frankfurt	23	11	—	—	1	—	—	—	35
9. Köln	7	6	1	9	7	—	—	—	35
10. Dortmund	2	1	—	—	—	—	—	—	3
11. Hannover	9	17	—	1	—	—	—	—	27
12. Bremen	6	8	—	—	—	—	—	—	14
13. Hamburg	7	1	—	7	1	—	—	—	100
14. Holfod	19	5	—	—	—	—	—	—	24
15. Dresden	46	16	—	7	3	1	—	—	66
16. Leipzig	115	36	—	—	—	—	—	—	159
17. Nürnberg	30	12	—	15	1	—	—	—	68
18. München	23	23	—	—	1	—	—	—	23
19. Stuttgart	8	3	—	11	1	—	—	—	23
20. Karlsruhe	11	4	—	2	1	—	—	—	18
21. Straßburg	1	—	—	1	—	—	—	—	3
Zusammen...	539	159	6	142	16	1	17	880	

Internationale Bauarbeiterbewegung. Kartellierung der Schweizer Bauarbeiter- verbände.

Das Unvermögen, die Hauptmasse der Bauarbeiter
 in der Schweiz, die Maurer und Handlanger, der Gewerkschafts-
 organisation zuzuführen, hat schon vor mehr als
 einem Jahrzehnt zur Beratung von allerlei Organisations-
 plänen geführt. Die Tatsache, daß es sich hauptsächlich
 um Ausländer handelt, erschwert die Verwirklichung
 aller dieser Pläne außerordentlich. Dazu kam, daß sehr
 oft der gute Wille, durch irgendeine Maßnahme die
 Organisation zu fördern, bedeutend größer war als die
 Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Bald wurde
 dieses, bald jenes Mittel vorgeschlagen, jedoch die
 meisten, wenn nicht alle, erwiesen sich als ungeeignet.

An der Frage, wie die große Masse der Maurer und
 Handlanger in der Schweiz zu organisieren ist, haben
 aber nicht nur die bereits organisierten Maurer und
 Handlanger ein großes Interesse, sondern mehr und
 mehr erkennen auch jene Arbeiter, die mit dem Bau-
 gewerbe beruflich nicht das mindeste zu tun haben,
 daß es für sie nicht gleichgültig sein kann, wenn die
 große Masse der Einwanderer sich nicht in den Organi-
 sationskörper der schweizerischen Gewerkschaften ein-
 gliedern läßt. Um wieviel näher liegt es also für die
 Gesamtheit der Bauarbeiter, sich mit der Organisation
 der Maurer und Handlanger zu beschäftigen und nach
 Mitteln zu suchen, die zum Ziele führen sollen. Als

solch ein zweckmäßiges Mittel wurde seit langer Zeit
 schon die Verschmelzung aller Bauarbeiter-
 verbände zu einer einzigen Organisation
 angestrebt, und, wie es den Anschein hatte, mit Erfolg.
 Die Begleiterscheinungen des Krieges haben dazu wesent-
 lich beigetragen, denn bald nach Ausbruch des Krieges
 begann innerhalb der beteiligten Kreise die Diskussion
 über die notwendige Zusammenfassung der vorhandenen
 Verbände. Die gelungene Angliederung des Uhren-
 arbeiterverbandes an den Metallarbeiterverband gab
 den Freunden der Vereinigung im Baugewerbe einen
 willkommene Grund mehr und erleichterte ihnen die
 Gewinnung neuer Anhänger. Die stärkste treibende
 Kraft war aber unstreitig der drohende Zusammenbruch
 einiger Verbände. Gleich bei Ausbruch des Krieges,
 und dann Woche um Woche, verringerte sich die Mit-
 gliederzahl, und infolge Einberufung der meisten Sektions-
 funktionäre gab es außerdem Verluste solcher Mitglieder,
 denen die nötige Ueberzeugungstreue mangelte. An
 meisten litten die Verbände, deren Mitglieder größtenteils
 Ausländer sind, was ja in ganz besonders großen
 Maße für den Bauarbeiterverband zutrifft. Kein Wunder
 also, daß den Verschmelzungsbestrebungen, rein äußer-
 lich betrachtet, kein Hindernis im Wege zu stehen
 schien. Selbst der Einwand, daß aus den Resten der
 Verbände der Maurer und Handlanger, Steinarbeiter,
 Gipser und Maler und Zimmerleute vor Beendigung des
 Krieges auch keine existenzfähige Organisation ent-
 stehen würde, wurde häufig, als der Holzarbeiter-
 verband sich ebenfalls zur Verschmelzung bereit erklärte.

Mit Beginn der ernsthaften Verhandlungen zeigte sich
 aber auch sofort, daß die Dinge doch nicht ganz so einfach
 lagen. Die erste Schwierigkeit lag in der Weigerung der
 Leitung des Zimmererverbandes, einem allgemeinen
 Bauarbeiterverbande beizutreten. Daraus entwickelten
 sich Bedenken für den Holzarbeitern, ob unter diesen
 Umständen für sie die Aufgabe ihrer selbständigen
 Organisation einen Zweck habe; denn mit der Verschmelzung
 sollten auch einige Streitpunkte zwischen
 den Schreibern und Zimmerleuten aus der Welt ge-
 schafft werden. Mit dem Zurücktreten der Holzarbeiter
 wäre aber das ganze Verschmelzungsprojekt gescheitert.
 Schließlich erklärten sich aber die Holzarbeiter aus-
 in dem Falle zur Mitarbeit bereit, daß die Zimmerleute
 abseits stehen bleiben.

In einer Reihe von Konferenzen wurde das neue
 Verbandsstatut beraten und mancherlei Hindernisse be-
 seitigt, die sich in den Einrichtungen der einzelnen
 Verbände boten, in einem jedoch scheiterten die
 Pläne: die Produktionsgenossenschaften der Gipser
 und Maler können von einem allgemeinen Bauarbeiterverbande
 nicht übernommen werden. Die Absicht, sie vor der
 Verschmelzung vom Verbande der Gipser und Maler
 abzulösen, ist wegen der finanziellen Verpflichtungen,
 die sie ausnahmslos binden, nicht ausführbar. Damit
 sind die Verhandlungen über die Schaffung eines
 Schweizer Holz- und Bauarbeiterverbandes ergebnislos
 geworden; denn unter den jetzigen Verhältnissen darf
 man nur sehr wenig Hoffnung hegen, daß die Gipser
 und Maler ihr Verhältnis zu ihren Produktionsgenossen-
 schaften lösen können. Aber auch die Holzarbeiter
 aber die Freunde und Förderer eines allgemeinen Bau-
 arbeiterverbandes auch diese Schwierigkeit nicht. Ihrer
 Meinung nach ist die Verschmelzung aller Bauarbeiter-
 verbände nur eine Frage der Zeit. Um nun die einmal
 erreichte Annäherung nicht unbenutzt zu lassen, bringen
 sie zu Stille der jetzigen Verbände die Vorläufer
 Gebilde als vorläufige Lösung der Frage in Vorschlag.
 Ein Kartell der Verbände soll bis zur endgültigen Be-
 seitigung der vorhandenen Widerstände die Grundlage
 bilden, auf der die einzelnen Verbände ihren Halt finden.

In dem Statutenentwurf des schweizerischen Bau-
 arbeiterverbands, der demnächst zur Beratung kommen
 dürfte, ist ausgesprochen, daß die Verbände der Holz-
 arbeiter, der Maurer und Handlanger, der Stein-
 und Tonarbeiter und der Maler und Gipser der Schweiz
 mit anderen Gewerkschaften, die die vor-
 liegenden Statuten als für sie verbindlich anerkennen,
 einen Kartellverband bilden, dessen Sitz in Zürich ist.
 Das Kartell hat vor allem den Zweck, die Vereinigung
 der Gewerkschaften aller im Baugewerbe tätigen
 Arbeiter zu einem allgemeinen Bauarbeiterverband
 praktisch vorzubereiten. Bis dieses Ziel erreicht ist,
 wollen sich die kartellierten Verbände gemeinsam fol-
 genden Zwecken widmen: der gemeinsamen Durch-
 führung der gewerkschaftlichen Propaganda unter den
 im schweizerischen Baugewerbe beschäftigten Arbeitern,
 der Herausgabe eines besonderen gewerkschaftlichen
 Blattes in den drei Landessprachen für die Bauarbeiter
 aller Branchen, der Sammlung und Zusammenstellung
 von statistischem Material über Lohn- und Arbeits-
 bedingungen, Arbeiterschutz, Betriebsgefahren, Kon-
 junkturverhältnisse, periodische Bekanntgabe der Resul-
 tate solcher Erhebungen sowie Anschaffung oder Heraus-
 gabe von geeigneten Agitations- und Bildungsschriften,
 der Vereinheitlichung der Verwaltungs- und Unter-
 stützungsrichtungen innerhalb der kartellierten Ver-
 bände und soweit möglich, Zentralisation aller Redak-
 tions- und Uebersetzungsarbeiten der Verbände, der
 Beratung und gegenseitigen Hilfeleistung bei Lohnbewe-
 gungen und Konflikten. Alle dem Kartell angehörenden
 Verbände sollen, soweit sie nicht bereits in Zürich
 ihren Sitz haben, ihren Sitz nach dieser Stadt verlegen.

Die oberste Leitung des Kartells bildet der Kartell-
 vorstand, bestehend aus je zwei Zentralvorstands-
 mitgliedern und den ständigen Funktionären der
 kartellierten Verbände, die für die Erledigung gewöhn-
 licher Alltagsgeschäfte einen engeren Vorstand wählen.
 Der Kartellvorstand beschließt selbständig und end-
 gültig über alle vom Kartell allein betreffenden Fragen.
 Zum Beispiel Konstituierung des Kartells, Wahl
 eines oder mehrerer ständiger Funktionäre des Kartells,
 Vorbereitung und Durchführung der Propaganda, der
 statistischen Erhebungen usw. Dagegen sind Beschlüsse,
 die in das Verfügungsrecht der einzelnen Verbände ein-
 greifen, wie solche über die Vereinheitlichung des Ver-
 waltungs- und Unterstützungswesens, Vorbereitung oder

gemeinsame Durchführung von Lohnbewegungen, Ueber-
 tragung von Arbeiten für das Kartell an Verbands-
 funktionäre, für die einzelnen Verbände nur verbindlich,
 wenn diese keine schwerwiegenden Gründe geben, die
 Anerkennung solcher Beschlüsse gütlich machen. In
 letzterem Falle ist eine Urabstimmung in den Verbänden
 erforderlich, deren Ergebnis über Geltung oder Auf-
 hebung der gefaßten Beschlüsse entscheidet. Die kartel-
 lierten Verbände dürfen nichts unternehmen, was gegen
 die vorliegenden Kartellstatuten oder die vom Kartell-
 vorstand gefaßten Beschlüsse verstößt und dürfen Aktio-
 nen, die die Interessen anderer kartellierter Verbände
 berühren, nicht unternehmen, ohne der Kartellleitung
 vorher Gelegenheit gegeben zu haben, zu der beabsich-
 teten Aktion Stellung zu nehmen. In übrigen bleiben
 die kartellierten Verbände durchaus selbständig und
 allein verantwortlich für die Erledigung ihrer besonderen
 Verbandsangelegenheiten. Die Kassenverwaltung ist
 vom größten dem Kartell angeschlossenen Verband zu
 besorgen. Die übrigen Verwaltungsgeschäfte sowie die
 Ausarbeitung von Beschlüssen, Berichterstattung
 über den Stand der Kartellgeschäfte, Ausführung von
 Delegationen für das Kartell, Redaktion der Kartell-
 zeitung usw. hat der ständige vom erweiterten Kartell-
 vorstand zu wählende Funktionär zu besorgen. Soweit
 es diesem nicht möglich ist oder sich sonst als zweck-
 mäßig erweist, die Ausführung der Arbeiten zu teilen,
 können die Funktionäre der angeschlossenen Verbände
 jederzeit zur Mitwirkung herangezogen werden. Die
 aufzuden Geschäfte sollen vom engeren Vorstand in
 den wenigstens einmal wöchentlich stattfindenden
 Sitzungen erledigt werden, während die Sitzungen des
 erweiterten Vorstandes nach Bedürfnis, jedoch minde-
 stens einmal monatlich stattfinden sollen. Die Aus-
 dauer des engeren Vorstandes ist der Kartellfunk-
 tionäre beträgt zwei Jahre, die des erweiterten Vor-
 standes ist von den Zentralvorständen zu bestimmen.

Die Finanzierung des Kartells erfolgt durch
 Erhebung eines Eintrittsgeldes von je Fr. 1 pro Mitglied
 für jeden dem Kartell beitretenden Verband, das sofort
 mit Eintritt des betreffenden Verbandes an den Kartell-
 kassierer zu entrichten ist. Ferner hat jeder Verband
 jedoch bis zum Ende der Berichtungsperiode von 10 Cts.
 pro Verbandsmitglied und Woche nach der durchschickten
 Grund der Beitragsleistung an den Verband berechneten
 Mitgliederzahl im Vorjahr jeweils vor Quartalschluss
 zu entrichten. Und schließlich sollen auch die Ein-
 nahmen aus Abbonement der Bauarbeiterzeitung für
 Mitglieder nicht kartellierter Verbände, Inserate, freiwillige
 Zuwendungen usw. zur Finanzierung des Kartells
 verwendet werden. Von diesen Einnahmen sollen die
 Kosten der Propaganda zur Gewinnung der im Bau-
 gewerbe und verwandten Gewerben tätigen Arbeiter,
 soweit sie vom Kartell entfällt wird, getragen werden.
 Doch bis in den einzelnen Verbänden unbenommen,
 für einzelne Berufs- oder Betriebsgruppen eine besondere
 Propaganda zu entfalten, wofür sie die Kosten selber
 zu tragen haben. Von den Einnahmen werden auch die
 Kosten für die vom Kartell herausgegebene wöchentlich
 einmal erscheinende Bauarbeiterzeitung bestritten, die
 Publikationsorgan für sämtliche kartellierten Verbände
 sein soll.

Alle dem Kartell beitretenden Gewerkschaften
 müssen, sofern dies nicht vorher schon der Fall war,
 dem Schweizer Gewerkschaftsbund und deren Sektionen,
 den lokalen Arbeiterorganisationen beitreten. Ebenso sollen
 die Verbände, sofern solche existieren — den interna-
 tionalen Verbänden in der Industrie beitreten. Wo
 dies zweckmäßig erscheint — namentlich in kleineren
 Ortschaften — sollen die Sektionen der kartellierten
 Verbände zu einer „Allgemeinen Bauarbeiterge-
 werkschaft“ vereinigt werden, in der zwar die
 einzelnen Mitglieder ihrem Berufsverband angeschlos-
 sen, deren Vorstand jedoch die Vertretung der gewerkschaftlichen
 Interessen am Ort sowie den Verkehr
 mit den Zentralvorständen für alle Mitglieder übernimmt.
 Die kartellierten Verbände sind auf die Dauer von zwei
 Jahren fest auf die Innehaltung der vorliegenden Statuten
 verpflichtet. Vorheriger Rücktritt ist nur dann gestattet,
 wenn die übrigen Verbände die Unmöglichkeit, seinen
 statutarischen Verpflichtungen nachzukommen, für den
 zurücktretenden Verband anerkennen. Andernfalls ist
 der betreffende Verband auf jeden Fall verpflichtet,
 während zweier Jahre dem Kartell die statutarischen Bei-
 träge zu entrichten. Tritt vor Ablauf der zweijährigen
 Frist ein allgemeiner Bauarbeiterverband an
 Stelle des Kartells, so gehen die Rechte und Gut-
 haben von Verbänden, die vorher vom Kartell zurückgetreten
 sind, an den Bauarbeiterverband über. Vom Kartell
 ausgeschlossen wird ein Verband, der wiederholt,
 wissentlich und trotz erfolgter Reklamation die vor-
 liegenden Statuten verletzt oder in anderer Weise die
 Interessen der übrigen Verbände empfindlich geschädigt
 hat. Bevor ein solcher Beschluß gefaßt wird, soll die
 Intervention des Bundeskomitees des Gewerkschafts-
 bundes angeregt und den Mitgliedern und Sektionen
 des feilbaren Verbandes vom Streitfall Kenntnis gegeben
 werden. Mit seinem Rücktritt oder Ausschluss verliert
 der betreffende Verband seinen Anspruch auf das Vermögen des
 Kartells. Eine Auflösung des Kartells kann nur er-
 folgen, wenn die Mehrzahl der angeschlossenen Verbände
 ihren Rücktritt — der sechs Monate vor Ablauf der
 zweijährigen Gültigkeitsfrist der Statuten angemeldet
 werden muß — beschließen, oder infolge der Bildung
 eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes. Für den ersten
 Fall ist das nach Erfüllung aller finanziellen Verpflichtungen
 verbleibende Vermögen des Kartells dem Bundes-
 komitee des Gewerkschaftsbundes abzuliefern, der es
 einer später entstehenden ähnlichen Verbindung zur
 Verfügung halten soll. Geht es jedoch, an Stelle des
 Kartells einen Bauarbeiterverband zu bilden, so gehen
 die Aktiven und Passiven des Kartells direkt an diesen über.

Aus diesem Statutenentwurf geht hervor,
 daß sich bei dem Kartell um eine Uebergangsperiode handelt,
 die mit 1. Januar 1916 beginnen soll. Es stand zu er-
 warten, daß sich dieser losen Verbindung alle Verbände
 des Baugewerbes anschließen würden. Das ist leider

während der Dauer eines Krieges entfallenden Dienst- beschädigungen, von denen nach Lage der Verhältnisse angenommen werden muß, daß sie während des Friedens...

Was nun die Ansprüche der Hinterbliebenen anbetrifft, so dürfen nach der allgemeinen Ver- sorgung Witwen- und Waisenrenten niemals den Betrag übersteigen, der dem Verstorbenen als Soldrente zuzulassen...

Nach inzwischen zugestellten Rentenbescheiden wird aber den Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern gegenüber nicht, wie wir es für richtig hielten, die Kriegsversorgung ohne weiteres angewandt, sondern es soll auch hier die all- gemeine Versorgung den Regelfall bilden...

Table with 2 columns: Description of widow's pension and amount. Includes 'Allgemeine Versorgung der Witwe' and 'Kriegsversorgung der Witwe' for various numbers of children.

Daraus ergibt sich, daß, wenn man bei einer Witwe mit fünf Kindern die Renten nur nach der Kriegsversorgung berechnen würde, sich ein höherer Betrag ergäbe, zum Beispiel: 5x168 = M. 840 für die Kinder, dazu M. 400 für die Witwe...

Der vom preussischen Kriegsministerium sowie von den vorgenannten Intendanturen eingemessene Standpunkt wird

vom Regierungsrat v. Olschhausen in der erwähnten Abhandlung, wie in einem von ihm kürzlich herausgegebenen Kommentar zum Militär-Hinterbliebenengesetz gefaßt.

Soziale Rechtprechung.

sk. Eine nicht durch einen Unfall nötig gewordene Operation gehört nicht zu den Unfallfällen. Der in Strampfadern lebende Juchlinger S. verunglückte am 13. Oktober 1913 dadurch, daß ein abirrender Weisel einen Überooten zum Plagen drückte...

Genossenschaftliches.

Die Konsumvereine in den deutschen Grenzgebieten. Wie fest das Vertrauen der Bevölkerung zu den Konsumvereinen ist, geht aus einem Bericht über die Entwidlung der Konsumvereine in den vom Kriege direkt betroffenen Grenzgebieten hervor.

Man hört nur eine Stimme des Lobes und der Dankbarkeit von allen diesen hart geprüften Menschen, wenn man nach dem Warenbesuge forscht. In solchen Worten wird man ergriffen, daß nur die Sendungen der Groskaufleute...

Bekanntmachung des Vorstandes.

Das Material für die Abrechnung vom dritten Quartal ist am 24. September an die Vorstände der Zweigvereine verhandelt worden.

Vom 20. bis 26. September sind durch die Zweigvereine folgende Beträge eingekampt: Bayreuth M. 350, Cassel 9,50, Göttingen 200, Gießen 350, Gumburg 500, Haffelselde 21,10, Norden 300, Nordheim 141,95, Ostfriesland 300...

Briefkasten.

Die nächste Veruffentlichung wird im „Grundstein“ Mitte Oktober veröffentlicht. Wir bitten, und die noch nicht veröffentlichten Namen gefälliger Verbandskollegen bis spätestens 10. Oktober einzusenden.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen ein Nachruf oder eine Besondere Erwähnung verdienen. Die Liste kostet 10 Pf.

Adressenveränderungen.

Cöbing. Das Bureau befindet sich vom 1. Oktober ab: Niederstr. 2, 2. Etz, bei Hermann Baude.

Beraminungen.

Glogau. Donnerstag, den 7. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, im „Rathskeller“.

